

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwoch's Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Arbeiter 1,15 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile Petitsize oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile Kelbansize 40 Pfg., Ausnahmestöße 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— Mkt. das Kalend. zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 130

Donnerstag, den 3. November 1932

34. Jahrg.

Der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein

ist am Samstag, dem 5. und Sonntag, dem 6. November 1932 verboten.

Kemberg, den 21. Oktober 1932.
154] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Unterstützungsgewährungen, die ihre Unterstützung durch unsere Räumerei erhalten können

Reichsfleischbezugsscheine

bei der oben genannten Kasse abholen.
Kemberg, den 1. November 1932.
155] Der Magistrat.

Wir wollen Arbeit schaffen!

Von Reichsarbeitsminister Schäffer.

In den Mitteilungen der Reichsregierung für Heimatsdienst vertritt Reichsarbeitsminister Schäffer folgende Ausführungen:
Man schätzt, daß derzeit etwa 25 Millionen Menschen in der Welt arbeitslos sind. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten über 11 Millionen, über 5 Millionen auf Deutschland und über 2 Millionen auf England. Gewiß hatten wir auch Arbeitslose vor dem Kriege. Aber verglichen mit den heutigen Riesenziffern schrumpfen die Arbeitslosenzahlen der Vorkriegszeit auf ein Minimum zusammen. Die Folgen hiervon sind nicht schwer zu erraten: schärfere Konkurrenz der Produktion, des Handels und des Einkommens.

Unsere Industrieproduktion ist im Durchschnitt auf etwa 60 p. H. des Umfanges von 1928 gesunken, wofür die Produktionszweige können ihre Kapazität noch nicht einmal zur Hälfte ausnützen. Ähnliche Verhältnisse finden wir in allen Industrieländern. So laßt eine Kriemot auf unserm Volksebene. Für Millionen von Menschen ist die Deckung der notwendigen Bedürfnisse in Frage gestellt. Die leidliche Existenz unzähliger Menschen ist bedroht. Hinter der leidlichen Not aber liegt noch eine größere und drückendere. Junge Menschen zu Herbartentenden, sind zur emporsteigen der Arbeitslosigkeit verurteilt und haben keine Hoffnung mehr vor sich. Unendlich viele Familienväter haben keine „Chance“ mehr.

Die Arbeitslosenfrage ist die deutsche Frage der Gegenwart; um ihre Lösung muß sich die gesamte deutsche Politik der nächsten Zeit drehen. Ich weiß wohl, daß diese Frage bei uns schwerer als in jedem anderen Lande zu lösen ist. Unsere Verhältnisse sind innen- und außenpolitisch besengt. Wir können dabei nicht kreditpolitische Experimente machen wie zum Beispiel England. Denn wir haben die größte Inflation aller Zeiten hinter uns. Die Reichsregierung weiß, daß es auch nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit gibt. Es müssen aber alle Wege gegangen werden, die irgendwie dazu dienen können, um die drückende Not der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Ein Weg zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit liegt in der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Als das jetzige Kabinett die Regierung übernahm, hat es sofort ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 135 Millionen RM für ländliche Siedlung und vorstädtische Kleinsiedlung, Wasserbauten, Straßenbauten, Meliorationen, Teilung und Reparaturen von Wohnungen usw. aufgestellt. Dadurch fanden etwa 65 000 Arbeiter wieder Arbeit und Brot. Dabei ist die Regierung nicht feigegebunden. Sie hat ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bald danach um mehr als 200 Millionen RM erweitert. In das neue Programm wurden auch Arbeiten einbezogen, die der schwer darniederliegenden deutschen Wirtschaft wieder Beschäftigung bringen sollten. Auch wurde ein neuer Betrag wieder eingesetzt, um den Baumarkt zu beleben. Angehörig der Bedeutung der Bauwirtschaft für die gesamte Wirtschaft ist gerade diese Zurückverfügung von größeren Mitteln wichtig. Nach Schöpfung nomadischer Nationalökonomie lebt in Zeiten normaler Konjunktur in Deutschland etwa ein Sechstel bis ein Asteil der gesamten Bevölkerung mittelbar und unmittelbar von der Bauwirtschaft.

Wichtig ist die Frage, wie die Wirtschaft natürlich belebt werden kann. Die Reichsregierung sieht auf dem Standpunkt, daß die Zeit des Schicksals in das Unvermeidliche vorbei sein, daß sie von der Verteidigung gegen die Wirtschaftskrise nunmehr zum Angriff übergehen muß. Andernfalls war zu befürchten, daß das deutsche Volk nicht mehr in der Lage sei, den bevorstehenden schweren Winter zu überleben. Bei Betrachtung der Wirtschaftslage darf man auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für solche Maßnahmen für richtig halten, weil doch Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Weltwirtschaftskrise tatsächlich den Tiefpunkt überwinden hat. Die Überwindung der Krise verlangt rasches und schnelles Handeln. Deshalb hielt es die Regierung für notwendig, geeignete Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in die Wege zu setzen. Sie tat dies durch die Verordnung zur Bekämpfung der Wirtschaft vom 4. September 1932. Die Wirtschaft und das Unternehmertum haben die Vorklässe im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

freiwillig aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß sie ihrerseits alles tun wollen, um das Gelingen zu sichern. Auch im Bauwirtschaftsgebiet hat man sich bereit erklärt, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzulassen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.

Der objektive Beobachter unserer Verhältnisse wird zunächst feststellen müssen, daß die Krisenphänomene erkennbar abgeklungen ist. Gerade diese Drohe, je länger je mehr, zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaft zu werden. Sie war auch eine der Hauptursachen für die große Hoffungslosigkeit, der sich so viele Arbeitslose hingaben. Die Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative hat in den Wirtschaftskreisen am weitesten fortgeschritten. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hat sich dementsprechend geändert. Die Politik der Wirtschaftspolitik ist dementsprechend geändert. Ich will deshalb nur nochmals feststellen, daß im August und September d. J. die Zahl der eingedrückten Arbeitslosen um 300 000 zurückgegangen ist, in der zweiten Hälfte des Monats September allein um 163 000. Demgegenüber braucht die letzte Meldung über die Arbeitsmarktlage im Reich für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1932 nicht zu beunruhigen. Wenn auch hier eine Zunahme um 43 000 Arbeitslose festzustellen ist, so bedeutet dies nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich im gleichen Umfang vermindert hat. Auch die Arbeitslosenquote ist aus den Verhältnissen der Arbeitsmarkt, daß eine ruhigere und verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre festzustellen ist.

Zur Überwindung der Not genügt es nicht, die private Initiative der Unternehmer anzuregen, sondern es muß auch gelingen, die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft zur Mitarbeit an diesem Programm zu gewinnen. Widerstände gegen das Programm kommen hauptsächlich daher, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft des Glaubens ist, daß die gegenwärtige Regierung soziale Rechte nehmen wolle. Eine solche Ansicht ist ebenso falsch wie die andere Ansicht, daß in Vorkriegszeiten die deutschen Arbeiter auf Sozialpolitik überhaupt keine Rücksicht genommen werden dürften. Die Reichsregierung hat sozialpolitisch nichts verschoben, sondern ist die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie im Artikel 165 der Reichsverfassung ausgeprochen ist, und damit die Grundlage des Arbeitsrechts. Erhalten geblieben ist auch der Tarifvertrag. Die Höhe der Löhne ist abhängig von dem Schicksal der gesamten Wirtschaft. Oehi es dieser schlecht, dann müssen sich die Löhne früher oder später einmal diesen Verhältnissen anpassen. Eine Anpassung des Tarifvertrags an die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bedeutet, das sei noch einmal betont, keineswegs eine Ausschüttung und Gefährdung des Tarifrechts. Durch die Einschaltung des Schlichters ist nach Möglichkeit eine mißbräuchliche Ausnutzung der Verordnung unterbunden worden.

Von den sozialen Erwerbslosen sind geblieben die allgemeine Arbeitsbeschäftigung, der Frauen-, Mutter- und Kinderchutz und all die sonstigen Bestimmungen des Arbeitsrechtes. Auch von den Einrichtungen in der Sozialversicherung ist nichts abgebaut worden. Jedermann weiß, daß in der Anzeihen- und Unfallversicherung die jetzigen Entlastungsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Versicherungsbeiträge zu machen. Deshalb hatte ja auch beabsichtigt die Vorgesängerin der jetzigen Reichsregierung bereits ähnliche Sanierungsmaßnahmen erwogen, wie sie dann durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 in Kraft traten.

Am vorstehenden konnte ich nur ganz kurz einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schildern. Es wären noch eine Reihe von anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, die Bemühungen um eine Vertiefung der Arbeitszeit usw. anzuführen. Eines ist sicher: die Reichsregierung wird den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit allem Nachdruck weiterführen. Nur so wird es möglich sein, das deutsche Volk über den bevorstehenden Winter hinwegzubringen.

Kabinett Braun im Reichsrat

Voranschläge neue Preussentage.
Berlin, 2. November.

Die für gestern angelegte Sitzung des Kabinetts Braun ist aus heute verschoben worden, weil einige der Minister, die am Wahlkampf teilnehmen, nicht früher in Berlin sein konnten. In der Kabinetsitzung will sich die Regierung Braun darüber schlüssig werden ob und welche Folgerungen sofort aus den neuen Maßnahmen des Reichskommissars bzw. der Reichsregierung zu ziehen seien.

In unrichtlichen Kreisen glaubt man, daß sich das Kabinett von einer abermaligen Anrufung des Staatsgerichtshofes im Augenblick nichts Wesentliches verspricht, wobei eine neue Situation hoffens geben wäre, wenn etwa Bayern oder ein anderes Land diesmal die Initiative ergreift.

In der Sitzung der Reichsratsausschüsse am Donnerstag dürfte das Kabinett, gestützt auf die Staatsgerichtshofentscheidung, seine Vertreter, nämlich die Ministerialdirektoren Dr. Bredt und Dr. Badt, entsenden. Außerdem wird als weiterer preussischer Hauptamtlicher Reichsratsvertreter der Ministerialdirektor im Handelsministerium C o h m a n n entsandt, der sich, wie verlautet, gleichfalls allein an die Initiationen der Staatsregierung für gebunden hält. Preussischer Reichsratsminister im Reichsrat bzw. in den Aus-

schüssen wird Ministerialdirektor Dr. Bredt sein. Die Staatsminister persönlich dürften an den Reichsratsauschüssen teilnehmen.

Keine Stützpunkt-Konferenz

In der Presse ist verschiedentlich von einer Stützpunkt-Konferenz zwischen dem Bevollmächtigten der Reichsregierung, Freiherrn von Lersner, und den Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg die Rede, die dadurch nicht zustande gekommen sein soll, daß Freiherr von Lersner Einlagen von der Zukunft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld verfallen habe.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß eine derartige Konferenz überhaupt nicht geplant gewesen sei. Freiherr von Lersner hielt seinen Auftrag gemäß in ständiger Fühlung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und befindet sich augenblicklich auf einer Reise nach Dresden und den süddeutschen Hauptstädten München, Stuttgart und Karlsruhe.

Es ist richtig, daß Freiherr von Lersner in Stuttgart mit dem Staatspräsidenten Dr. Volz verhandelt hat. Eine Zusammenkunft mit dem dann in Stuttgart eingetroffenen Ministerpräsidenten Dr. Feld war aber nicht vorgesehen. Es ist deshalb auch falsch, wenn in der Presse davon die Rede ist, der bayerische Ministerpräsident habe erklärt, er sei für Freiherrn von Lersner nicht zu sprechen.

Amisübernahme durch Popitz

Reichsminister Prof. Dr. Popitz hat in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskommissars für das Land Preußen im Geschäftsbereich des preussischen Finanzministeriums seine Amisübernahme übernommen.

In seiner Einführungsrede vor den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Finanzministeriums hat Reichsminister Dr. Popitz hervor, daß er nicht als Fremder in das preussische Finanzministerium komme, mit dem er durch langjährige Zusammenarbeit in der preussischen und in der Reichsverwaltung verbunden sei. Er vermisse auf die großen Aufgaben der Gegenwart, die darin gipfeln, den Finanzen des Landes Preußen und der von ihm umschlossenen Gemeinden und Gemeindenverbände wieder eine feste Grundlage zu geben, so daß sie — nach einem Maria Maria Aurelis — nicht aufrechterhalten werden, sondern aufrecht stehen.

Staatssekretär Schleuser brachte den Dank für die Begrüßungsworte zum Ausdruck und versicherte, daß die Beamten des Finanzministeriums wie bisher unter Einlage der besten Kräfte an den großen Aufgaben, die ihr anvertraut seien, mitarbeiten werden.

Am Freitag Oberpräsidentenkonferenz

Reichskommissar Dr. Braadt hat die preussischen Oberpräsidenten, Landespräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten für Freitag, den 4. November, zu einer Sitzung im preussischen Innenministerium eingeladen.

Die Tagesordnung soll erst zu Beginn der Besprechung bekanntgegeben werden. Derartige Besprechungen haben auch bisher schon wiederholt stattgefunden. Neben einer Aussprache über die politische Lage dürfte der Zweck der Zusammenkunft vor allem auch in einer Erörterung der sich aus der Verregelung der politischen Verhältnisse in Preußen und der Verwaltungsreform ergebenden Fragen bestehen.

Reform der Zentralinstanzen

Die Verordnung des Reichskommissars für Preußen.
— Berlin, 31. Oktober.

Die Reform der preussischen Zentralbehörden ist durch eine „2. Verordnung zur Vereinfachung und Berichtigung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932“ in die Wege geleitet worden. Die Verordnung der kommissarischen Regierung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Damit wird die von der kommissarischen Staatsregierung eingeleiteten Arbeiten zur Verwaltungsreform in Preußen einen wichtigen Schritt weiter geführt worden. Die kommissarische Regierung löst damit die Aufgaben, die bei Herausgabe der Verordnung über die Zusammenlegung der Kreise und Amtsgerichte und der Verordnung zur Vereinfachung und Berichtigung der Verwaltung in der Mittelinstanz gegeben worden. Die Verordnung stellt sich auf drei Ziele:

1. Die Vereinigung der Zuständigkeiten innerhalb der Ministerialinstanz durch Zusammenfassung zusammengehöriger Dinge in einem Befehl
2. Die Vereinfachung des Geschäftsganges durch Befreiung entbehrlicher Korrekturen zwischen verschiedenen Ministerien und durch Abgabe von Zuständigkeiten an nachgeordnete Behörden.
3. Den Abbau der jetzt noch vielfach in Preußen und dem Reich gleichzeitig geleiteten Doppelarbeit.

Die wichtigsten Maßnahmen sind folgende:

Vereinheitlichung des Schulwesens
An der Schulverwaltung hat in der Vergangenheit Zersplitterung bestanden, die einer gleichmäßigen und systematischen Fortentwicklung der einzelnen Schulzweige abträglich war und vielfach zu einem Nebeneinander bzw. auch Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen beteiligten Ressorts geführt hat. Zur Vereinfachung dieser Unzulänglichkeiten ist

zunehmende Vereinheitlichung des Schulwesens in der Richtung durchgeführt worden, daß diejenigen Schulen, bei denen die allgütigste Beachtung im Vordergrund steht, dem Kultusministerium zugeordnet worden sind. Diejenigen Schulen dagegen, die als reine Fachschulen anzupreisen sind, werden im Landwirtschaftsministerium verbleiben, damit die bei ihnen bestehenden engen Zusammenhänge mit der Wirtschaft aufrechterhalten bleiben. Derselbe Grundgedanke ist bei den Hochschulen zur Anwendung gebracht worden.

Vereinheitlichung des Kreditwesens

Besonders bedeutsam ist die Zusammenfassung der Geld- und Kreditangelegenheiten und der Beaufsichtigung der Geld- und Kreditanstalten jeder Art im Handelsministerium. Künftig werden im Handelsministerium der fähigste und der fähigste, der Zentral- und der Personalrat, die öffentlichen und die privaten Banken und die Versicherungsanstalten einheitlich betreut werden.

Damit wird eine gleichmäßige Anwendung der geld- und kapitalmarktähnlichen Gesichtspunkte bei sämtlichen Kreditanstalten innerhalb Preußens gewährleistet, die jeder Art von Anstalten zum Vorteil gereichen wird. Natürlich bleibt die Wahrung der Interessen, die die Fachverwaltungen auf dem Gebiete des Kreditwesens geltend zu machen haben, sichergestellt. So wird z. B. das Landwirtschaftsministerium bei der Bearbeitung der Angelegenheiten der Landwirtschaft und das Innenministerium bei der Bearbeitung der Sparkassenfragen maßgebend mitwirken. In der gleichen Weise wird die bisher stark verstreute Bearbeitung von Ereignisangelegenheiten einheitlich im Handelsministerium erfolgen. Die Bearbeitung der hochbautechnischen Angelegenheiten wird künftig bei der hochbautechnischen Verwaltung des Finanzministeriums vereinigt, der auch die Verwaltung der Sammlerhaltungsanstalten für alle Verwaltungen übertragen wird.

Das Wohlfahrtsministerium wird aufgelöst

Das Ministerium für Volkswohlfahrt wird aufgelöst. Daß die sozialpolitischen Interessen auch in Zukunft nachdrücklich wahrgenommen werden, wird dadurch sichergestellt, daß im Handelsministerium eine Sozial- und Gewerbeabteilung neu gebildet wird. Demgemäß wird das Handelsministerium künftig auch den Namen eines Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit erhalten.

Im übrigen werden die Geschäfte des Wohlfahrtsministeriums in der Weise aufgeteilt, daß die Medizinverwaltung und die Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge und der Wohlfahrtspflege wieder auf das Ministerium des Innern, die Jugendpflege wieder auf das Kultusministerium, die Abwicklung der verschiedenen Fonds auf das Finanzministerium, der Rest, insbesondere die wohnungs- und städtebauwirtschaftlichen Angelegenheiten, auf das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit übergehen.

Die bei den einzelnen Ressorts vorgenommenen Änderungen kommen in neuen Geschäftsverteilungsplänen zum Ausdruck. Sie enthalten eine wesentliche Verringerung der bisher geführten Referate, die eine entsprechende Verminderung der in den einzelnen Ressorts bisher beschäftigten Beamten auslöst.

Abbau der Doppelarbeit

Die Doppelarbeit zwischen Reich und Preußen wird vor allem in den letzten Jahren durch den Handels- und den Landwirtschaftsministerien, besteht. Im Hinblick auf die in den letzten Jahren eingetretene Schwereverlagerung gibt Preußen die Spezialbearbeitung derjenigen wirtschaftspolitischen Angelegenheiten auf, die auch im Reich, und zwar dort leistungsfähiger, erledigt werden. Daß der Einfluß Preußens auf die Reichsgeschäfte nicht verlorengeht, wird durch die Bestimmung ausweisender Generalreferate aus diesen Sachgebieten sichergestellt. Zur Vorbereitung einer weiteren vereinfachten Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen ist überall besonderer Wert darauf gelegt worden, daß die preussischen Zuständigkeiten mit denen in den Reichsentscheidungsstellen parallel gestaltet werden.

Das gilt zunächst für die Geschäftsbegrenzung zwischen den einzelnen Abteilungen, in der z. B. die Verkehrsabteilung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit in ihrem Aufgabenkreis im wesentlichen dem Reichsverkehrsministerium, die wirtschaftspolitische Abteilung dem Reichswirtschaftsministerium usw. angeordnet wird. Das gilt auch für die Geschäftsbereitstellung zwischen den preussischen Ministerien.

Die übrigen Ministerien

Evok einer weitgehenden Vereinigung seiner geschäftlichen

lichen Betätigung bleibt für das Landwirtschaftsministerium ein wichtiger Geschäftsbereich bestehen, der die Aufrechterhaltung eines preussischen Landwirtschaftsministeriums erfordert und rechtfertigt.

Beim Kultusministerium hat die Neuordnung des Geschäftsplanes die Möglichkeit eröffnet, das Unterrichtsministerium in einer einheitlichen Abteilung zusammenzufassen.

Beim preussischen Innenministerium konnte die bisherige Friedensabteilung aufgelöst werden. Die Referate, die weiterhin eine selbständige Bedeutung erhalten, insbesondere die Grenzreferate bleiben naturgemäß bestehen.

Im Finanzministerium wird in Zukunft die Bearbeitung der Haushaltsbeiträge der einzelnen Verwaltungen in einer Abteilung einheitlich zusammengefaßt. Die hochbautechnische Verwaltung übernimmt die Baupolizei.

Berichtigung der Verwaltung

In der Verordnung wird bereits zum Ausdruck gebracht, daß sich im Zuge der mit dem Reich hierüber zu führenden Verhandlungen weitere Maßnahmen zur Vereinfachung und Berichtigung der preussischen Staatsverwaltung ergeben werden.

Die Ernennungen

Die neue preussische kommunalpolitische Regierung.

Berlin, 1. November.

In seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen hat der Reichskanzler folgende Ernennungen vorgenommen:

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums hat er den Staatssekretär z. D. Professor Dr. Popitz ernannt;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Reichsminister Freiherrn von Braun;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Universitätsprofessor Dr. Kähler.

In der kommissarischen Leitung der übrigen preussischen Ministerien tritt keine Veränderung ein.

Der Reichspräsident hat den stellvertretenden Reichskommissar für das Land Preußen, Staatssekretär z. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichskommissars für das preussische Finanzministerium, Staatssekretär z. D. Professor Dr. Popitz, für die Dauer ihrer Betrauung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Reichsratsverfassungsausschuß einberufen

Berlin, 1. November.

Der Reichsinnenminister hat in Vorbereitung der Wiederaufnahme der Reichsratsverhandlungen die Einberufung des Reichsratsausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung zum 3. November veranlaßt. Die Sitzung ist vertraulicher Natur und dürfte der Erörterung der preussischen Frage gewidmet sein.

Vom preussischen Staatsministerium wird hierzu ergänzend mitgeteilt, die Einberufung des Ausschusses gehe auf einen preussischen Antrag zurück. Die preussische Staatsregierung habe der Wächter der Reichsregierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widersprochen.

Braun zu den Neuernennungen

Berlin, 1. November.

Das geschäftsführende preussische Staatsministerium Braun nimmt in einer Erklärung wie folgt zu den Ernennungen in Preußen Stellung:

„Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reichs. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltsmäßigen Unterlagen mitzuzuprehen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Auffassung der preussischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preussischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund von Artikel 48, Absatz 2, der Reichsverfassung nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden.“

Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin auftretend als die Bezeichnung als „Kanzler“

anderen Augen an — wieder mit den Augen des vertriebenen Bräutigams! Man hatte ja so recht, sie zu den schönsten Frauen der Stadt zu zählen, wenn sie nicht gar die schönste war. Denn keine hatte so wundervolles, traumhaftes Haar auf dem rötlich goldene Völkchen spielen, keine hatte so tiefe, schöne, befehlige Augen, von einem eigenartig hellen, leuchtenden Braun waren sie, mit einem schwärzen Ring um sie. Freis und von langen, dunklen Wimpern umjant! Und ihre anmutige Gestalt mit dem weichen Bewegungen und dem großen Gang entzückte ihn aufs neue.

„Für sie keinen Gedank!“ war sie zu ruhig — und jetzt zu ausschließlich Mutter! Er liebte doch das Klaffige, Temperamentvolle an einer Frau sehr — so wie Kofi Tauscher, die Koloratur-Soubrette am Stadttheater, um dretwillen er seine Frau so fräulich vernachlässigte! Aber die Sängerin war, da sie ein anderes Engagement angenommen, keinem Gedankens und damit schließlich auch seinem Gedankentreue entriekt.

Mit der Eitelkeit auf seine schöne Frau packte ihn auch von neuem das Begehren. Aber Dorothea konnte nicht verstehen, sie konnte nicht wieder die alte sein, so als sie nicht gewesen! In ihr war gegen den Gatten ein inneres Widerstreben, gegen das sie vergebens ankämpfte. Sie wollte sie nicht kleinlich sein, aber es ließ sich nicht überwinden — es war stärker als sie. Er merkte es wohl. „Idea, warum bist du so anders? Liebst du mich nicht mehr?“ Sie erwiderte: konnte er denn in ihrem Innern lesen?

Für immer vorbei war ihre untrügliche, vertraute Liebe! Des Gatten Beziehungen zu Kofi Tauscher hatten ihr zu viele Tränen geflohen! Wenn sie auch niemals etwas gelangt über ihm seinen Gemacht hatte, nicht allein in ihrer Liebe, sondern auch in ihrem Stolz war sie aufs tiefste getränkt. Sie konnte nicht teilen, am allerwenigsten mit einer Frau, die körperlich und geistig den Durchschnitt nicht übertrugte und Dorothea behag einen Trost, ungeachtet der großen Güte und Sanftmut ihres Wesens, der durch nichts zu bewegen war, und dieser Trost ließ sie auch so abwendig gegen den Gatten sein, der vielleicht wirklich ernsthaft bereute, was gewesen.

desminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entstehung des Staatsgerichtssofs nicht in Einklang steht. In der Ernennung von Popitz wird man eine gewisse Stärkung der Reichsregierung von der bisherigen Beurteilung der früheren Finanzgebarung des Reichs zu erblicken haben, an der Herr Popitz, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929 als maßgebender Facharbeiter mitgewirkt hat.“

Die Zusatzstimmen der Wahlreform

keine Stimmrechnung der Arbeitslosen.

Die von dem Reichsinnenminister im Verein der Berliner Presse vorgebrachten Reformgedanken haben in der Öffentlichkeit nicht zu erwarten war, sie nach der parteipolitischen Richtung Kritik gefunden. Andersere haben die Ausführungen über die Schaffung von Zusatzstimmen für Familienernährer und Kriegsteilnehmer Anlaß zu der Behauptung gegeben, die Reichsregierung plane eine Stimm-entziehung der Arbeitslosen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von einer derartigen Absicht überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Es handelt sich nach den Vorschlägen der Regierung um die Gewährung einer Zusatzstimme an diejenigen Männer oder Frauen, denen die Sorge für die Ernährung einer Familie selbstverständlich ist. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob ein Familienernährer, Mann oder Frau, seinen Unterhalt durch Arbeit erzieht oder unterstellt wird. Es kommt allein auf die Tatsache an, daß jemand außer für sich auch noch für ein oder mehrere Kinder zu sorgen hat. Von einer Entziehung der Arbeitslosen kann also keine Rede sein.

Kommunistische Staatsstreikpläne?

Die Pressekorrespondenz der NSDAP. veröffentlicht ein kommunistisches Rundschreiben.

München, 2. November.

Die Pressekorrespondenz der NSDAP. veröffentlicht ein Rundschreiben, das nach den Mitteilungen der Korrespondenz von der Gewerkschaft des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Vermerk: „e n g e b e i m“ an die Bezirksleitungen der Partei verhandelt worden ist und Anweisungen für einen Staatsstreik enthalten soll.

Nach diesem Schreiben sollen am 15. November ab große Demonstrationen von Erwerbslosen durchgeführt und Streiks an den Baustellen der Wohlfahrts- und der kommunalarbeiter organisiert werden, um die Polizei zu zermürben. Der verbotene „Antifrontkämpferbund“ wie überhaupt alle kommunistischen Kampforganisationen sollen mobilisiert und gegen die Polizei eingesetzt werden.

Weiter enthält das von der nationalsozialistischen Korrespondenz veröffentlichte Rundschreiben Anweisungen über die Befehle von Kaserne und Polizeistationen. Die Polizei soll durch provokierte Unruhen solange geschlagen werden, bis die Befehle gelungen ist. Dann sollen Fernsprechanlagen, Flughäfen, Post und Eisenbahn, Verwaltungsgebäude und Banken besetzt werden.

Im übrigen sollen auch schon Entwürfe für amtliche Befehlsnachrichten aus einer Revolution im Wortlaut vorliegen, die politische Bestimmungen mit dem Reichsminister und die Auflösung der Reichs-, Länder- und Stadtparlamente sowie die Einsetzung eines Volksrates der „Revolutionsgewalt“ vorsehen. Andere Verordnungen betreffen die Abschaffung der Reichsregierung, die Abschaffung der Reichsregierung, die Einsetzung der Zentral- und die Festsetzung der Volksregierung am 8. Uhr abends.

Eine amtliche Mitteilung zu dieser Veröffentlichung, liegt bisher nicht vor.

Auslands-Rundschau

Handelspolitische Beziehungen in Oesterreich.

Zur Regelung einiger schwebender handelspolitischer Fragen haben im Wiener Bundeskanzleramt Verhandlungen zwischen dem zuständigen deutschen und österreichischen Fachreferenten begonnen. Die Verhandlungen werden einige Tage in Anspruch nehmen.

Scharfes polnisches Vorgehen gegen Nationalisten.

Die nationalsozialistische Kampforganisation „Lager des Großen Polen“ wurde in der südböhmischen Wojewodschaft Kiele aufgelöst. Das „Lager“ besaß in Kiele 32 Bezirkegruppen mit etwa 2000 Mitgliedern. Die Organisationen des „Lagers“ versetzen wegen ihrer regierungsfeindlichen Tätigkeit fürchtlich auf in Polen, Kommunisten und Dignitäten der Auflösung.

Seit das Kind da war, hatte sich Dorothea ihrem Mann ganz entzogen. Sie schloß im Abendzimmer, da sie ihr kostbares Gut seiner fremden Person anvertrauen wollte. Als er eine Veränderung darin wünschte, lehnte sie ab. Es ärgerte ihn. Was fiel ihr ein? Er war doch ihr Gatte, hatte Rechte und ihr Widerstand reizte ihn, diese Rechte auch geltend zu machen, und schließlich zwang er sie zu seinem Willen.

Seit dieser Stunde war Dorothea wie verwandelt. Er hatte sie in ihrem reinen Weibesein aufs tiefste verletzt. Er achtete nicht darauf; gerade, weil er Widerstreben, so sogar Umeilung merkte, wollte er sie den Herrn zeigen; seine Eitelkeit verzug es nicht, von einer Frau, und wenn es die eigene Frau war, vernachlässigt zu werden! Darum war es ihm ein graufames Vergnügen geworden, den Widerstand seiner Frau zu brechen. Sie mußte keine Brutalität dulden, die ihr das letzte Restchen Zuneigung nahm, das sie noch für den Vater ihres Kindes hegte.

Er verstand nicht die Regungen dieser seinen Frauenveree, der er durch seine Handlungsweise eine Demütigung auferlegte, die sie ihm immer vergeben konnte. Sie war doch keine Dirne, die nur zum Feldertrieb vertrieben Stunden diente! In seinen Hof hatte sie ihre tiefste so untrügliche Liebe verbracht! Ein weiches Stills sollte kommen. Dorothea litt unbeschreiblich unter dieser Erkenntnis, weil sie sich auf den Reich nicht freuen konnte und sie dies in ihrem Feingefühl wiederum als Sünde und Unrecht gegen das Idealbild, werdende Wesen empfand. In ihr war etwas zerbrochen, was immer wieder heil werden konnte. Um siehsten wäre sie fort von dem Mann; doch der hätte ihr ganz bestimmt das Nötigste vorenthalten, und von dem Kinde konnte sie sich unmöglich trennen. (Fortsetzung folgt.)

Stimmrecht.

Und mo immer milde Fehler Einlen im mutigen Frau mutigen. Es kommen fröhe Gescheiter. Und festest es ehrlig aus.

Was du mir gabst

Roman von Fr. Lehne

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Am Sommer ging Dorothea auf den des Arztes zur Erklärung fort, natürlich nicht ohne ihr geliebtes Kind. Im Jahre konnte sie von zu Hause fort sein, da ihr Mann einen Willenwandel in Wiesbaden hatte, der ihn längere Zeit den Seinen fernhielt. Wunderbar erholte sie sich in der frischen, reinen Waldluft und der Ruhe des ablichten von der großen, reifenzeitigen Gelegenheitsbüchens. Nichts sah und hörte sie — den ganzen Tag war sie draussen mit dem Kinde, das prächtig gedieh.

Als eine ganz andere kam Dorothea heim, gefährt, hübsch und schön als je, die junge Mutterweide hatte ihr einen Reiz mehr verliehen. Ihr ihmalte Gesicht hatte sich wieder gebildet; sie war sogar etwas kürzer geworden, ohne aber das Mädchenhafte ihrer Erscheinung verloren zu haben. In tiefem, warmen Glanze leuchteten ihre großen, grauen Augen aus dem schönen, sanften Gesicht, das wieder ganz und zollig wie das einer Siebenjährigen war. Leber ein Vierteljahr hatten sich die Begehren nicht gelassen. Dorotheas Herz klopfte doch ein wenig, als sie das Telegramm in Händen hielt, das ihr des Gatten Ankniff kündigte. Was würde er zum kleinen Dorle sagen, das nun schon so verständig in die Welt blickte, ein paar Jährchen hatte und um deren rundes, beiziges Gesichtlich die dunkle Ringellocken schmiegten?

Es war wirklich erfreut, Frau und Kind wiederzusehen. Doch fand ihn Dorothea etwas verändert, und den Grund dazu hatte sie wohl gefunden, er war in Gefühlsmergerheit. Spekulationen mit Bourgründen waren ihm fehlgeschlagen, ein großer Teil seiner Vermögens war damit verloren! Sie machte ihm seine Vorwürfe, und da sie seinem Talente vertraute, und das rührte ihn. Sie war doch eine ganz famole kleine Frau! Und da er allgemein hörte, wie begietert man von ihrer Schönheit war, daß er sie mit ganz

Auch noch ein englischer Plan?

Ansprache Davis' mit Neutrath.

London, 2. November.

In London hat man es neuerdings nicht mehr so eilig, nach Genf zu der Abrüstungskonferenz gleich die maßgebenden Vertreter der britischen Politik zu entsenden. Die letzten Meldungen kündigen an, daß der Außenminister seine Abreise verzögert, und wenn man nach den Gründen forscht, so hört man von der Absicht, in Genf neben den französischen Plan auch einen englischen auf den Verhandlungstisch zu legen.

Da aber der französische Plan noch auf sich warten lassen dürfte und vor allem Herrrot selbst infolge seiner Reise nach Spanien zunächst noch nicht in Genf erscheinen wird, so wäre durchaus noch Spielraum für die Ausarbeitung eines solchen Planes, mit der sich ein Unterabdruck des Londoner Kabinetts in den nächsten Tagen beschließen wird. Dabei wird der Außenminister die Führung haben, und auch das macht die Verzögerung seiner Abreise verständlich.

Man ist sich in Londoner politischen Kreisen durchaus darüber einig, daß der französische Plan zwar in seinen Formulierungen bemängelt ist, daß die englische Einstellung weitgehend Rücksicht zu nehmen, daß aber seine tatsächlichen Zielgedanken und die Einzelheiten ihrer beschleunigten Verwirklichung allerlei Entfallen, was für England weniger erziehlisch ist und wozu man sehr deutlich die französische Absicht spüren kann, England Schwierigkeiten zu bereiten.

Diese bei genauerem Studium des französischen Plans machende englische Erkenntnis könnte wohl dazu beitragen, zugleich auch das etwas geführende englische Verständnis für den deutschen Widerstand neu zu beleben.

Es steht jedenfalls fest, daß man in London alles Interesse daran hat, sich über die deutsche Meinung auf dem Casseplan zu halten, wobei freilich der Blick auf Amerika nicht minder maßgebend bleibt.

Man weiß, daß der amerikanische Vertreter Norman Davis eine Verpöschung mit dem Reichsaussenminister antreibt, die Mitte November in Genf stattfinden dürfte, und von dem Ergebnis dieser Verpöschung scheint das Londoner Kabinet die letzten Entscheidungen für Genf abhängig zu machen, insbesondere auch die Frage, ob der Premierminister selbst dorthin fahren wird. Diese Andeutungen genügen, um zu zeigen, wie bedeutsam die Zusprache zwischen Davis und Neutrath ist, und wie groß dabei die Aufgabe des verantwortlichen Vertreters der deutschen Politik ist.

Deutsche Tageschau

Sinkende Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten befaßt sich für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 119,0 gegenüber 119,5 im Vormonat. An dem Rückgang sind die Bedarfsgruppen Ernährung, Kleidung und „Sonstiger Bedarf“ beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indizes für Ernährung um 0,8 v. H. auf 109,6, für Bekleidung um 0,8 v. H. auf 124,1. Die Indizes für die Wohnung ist infolge Erhöhung der städtischen Gebühren in einer Erhebungsgemeinde etwas gestiegen; die Indizes für Heizung und Beleuchtung hat sich infolge des weiteren Abbaues der Sommerpreisaufschläge um 0,6 v. H. auf 136,0 erhöht.

Kaiser-Partei und Präsidial-Partei nicht zugelassen.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat die Reichswahlvorläufe alle nur unter der Voraussetzung zugelassen, daß auch Kreiswahlvorläufe zugelassen würden, die sich an diese Reichswahlvorläufe anschließen. Diese Voraussetzung ist nun nicht erfüllt für den Reichswahlvorlauf Nr. 22 Freiwirtschaftliche Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baukammern, Dienstboten und so weiter kämpfer), Nr. 23 Deutsche Kaiser-Partei und Nr. 24 Deutsche Präsidial-Partei. Diese Reichswahlvorläufe sind also getrennt worden.

Die Steuern für November

Die Abgaben im Reich.

1. Lohnabzug und Arbeitslosenhilfe, soweit sie mit dem Lohnabzug zusammen zu entrichten ist, für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober. (Keine Schonfrist.)
 10. Umsatzsteuerzahlung für den Monat Oktober (Schonfrist bis 17. November.)
 11. Anmeldung und Zahlung der Börsenumschlagsteuer für Oktober im Verrechnungsverfahren. (Keine Schonfrist.)
 15. Vermögenssteuerzahlung entsprechend dem letzten Steuerbescheid. (Keine Schonfrist.)
 15. Einkommensteuerzahlung der Landwirtschaft entsprechend dem letzten Steuerbescheid in Höhe der Hälfte der zuletzt festgestellten Steuerpflicht. (Keine Schonfrist.)
 20. Lohnabzug und Arbeitslosenhilfe, soweit sie mit dem Lohnabzug zusammen zu entrichten ist, für die Zeit vom 1. bis 15. November. (Keine Schonfrist.)
- Die Abgaben in Preußen.**
10. Bier- bzw. Getränkesteuer.
 15. Gembedel- und Gembelbeertragssteuer, Grundvermögenssteuer mit Zuschlägen für Monats- und Viertelzahlschalter, Hauszinssteuer, Lohnsteuer, soweit nicht Sonderordnungen bestehen.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 2. November 1932.

Hubertustag

Der Bischof Hubertus von Lüttich, der nach frommem Wirken im Dienst der Kirche im Jahre 727 dort sein Leben beschloß, hatte in seiner Jugend ein wildes Leben am Hofe des Frankentönigs Theoderich III. und Pipins von Herstal geführt. Er war von einer tollen Jagdlebensweise gepackt und gönnte selbst an Sonntagen und hohen Tagen der Jagd kein Ablassen. Da trat, wie die Sage berichtet, ein Ereignis ein, das ihn auf tiefste erschütterte und einen völligen Umwandlung in seinem Dasein hervorrief. Wieder war er an einem Korfzeitung auf der Jagd und verfolgte voll hitzigen Eifers einen weißen Hirsch, der sich allen seinen Nachstellungen zu entziehen verstand. Plötzlich bemerkte das Tier seine Fährte, trat hinein dem Verfolger entgegen und zwischen den Stangen feins

geweiht leuchtete in irrländendem Glanze ein goldenes Kreuz. Ergreifen laßt der Jäger vor diesem Zeichen des Himmels, der sich der gehehnten Kreatur erbarmt hatte, in die Knie und war für immer von seiner Jagdgier geheilt. Auf Anraten des Bischofs Lambert von Mastricht, dem er das Wunder berichtet hatte, wallfahrte er zum Bischof Gregorius I. nach Reims, von dem er zum Bischof geweiht und zum Nachfolger Lamberts bestimmt wurde. Im Jahre 827 wurde er heilig gesprochen und seine Gebeine nach dem Kloster Lüttich in den Ardennen übergeführt, das daraufhin den Namen St. Hubert erhielt. Der heilige wurde von den Jägern in späteren Jahrhunderten zu ihrem Schutzpatron erhoben, und bis auf den heutigen Tag werden am 3. November, der ihm geweiht ist, große Zehnen, die sogenannten Hubertusjäten, abgehalten, die namentlich in den flüchtigen Zeiten in früherer Zeit unter großer Prunkentfaltung vor sich gingen. Jeder weidgerichte Jäger steht unter seinem Schutz, mag er den grünen Rod tragen oder bei den Parforcejagen in rotem Rod in tollem Ritt durch Wald und Feld der Meute folgen. Zahlreiche Jagdberechtigungen und Jagdeinkünfte tragen den Namen des heiligen und mehrfach ist er auch zur Verzeichnung von Jagdschlössern in manchen Gegenden, auch bei den Wäldern seiner Befehlung den Künsten oft als Vorbild geblieben.

Verletzung des Zugabe-Verbots

Der Reichsausschuß für das Zugabe-Verbot e. V. weist auf einige neuere Gerichtsurteile wegen Verletzung des Zugabe-Verbots hin. So habe das Amtsgericht Jberloh eine Firma unterlag, bei Vermeidung einer Geldstrafe von 500 Reichsmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung Verkehrsmitel zur kostenlosen Beförderung von Personen zu stellen, und bei Vermeidung einer Geldstrafe von 50 Reichsmark unterlag, öffentliche Ankündigungen, insbesondere Handzettel zu verbreiten, in denen eine solche Beförderung angekündigt wird. In der Proving Sachse sei eine Firma bestraft worden, die eine Zafe als Zugabe anknüpfte. In den Gründen heiße es: „Wenn das Zeitungs-Angebot nicht unter Paragraph 1 der Verordnung fallen soll, so ist es erforderlich, daß der die Zugabe Gewährende bereits in der Anzeige sich erhebt, an Stelle der Zugabe einen festen Betrag zusammen, dann ist das nicht gut für die Saat: Wenn der November regnet und kühlt, dies der Saat ihr Leben kostet“. Andere Vauerregeln lauten: „Im November viel Haß auf den Weiden viel Gras“ — „Wiel und lange Schnee, gibt viel Frucht und Alee“ — „November-schnee tut der Saat nicht weh“ — „Kriech das Gichhorn bald zu Neß, wird der Winter rauh und fest“ — „Stecht Allerheiligen (1.) in der Hündelgasse, ist dem heiligen Martin der Pelz nichts nütze“ — „St. Martin legt sich schon mit Pant an warmen Dien auf die Pant“ — „Halten die Kröhen Konzilium, dann sieh nach Feuerholz dich um“.

* **Es ist November.** Der November ist ein Monat des Uebergangs. Er gehört eigentlich weder so recht zum Herbst noch zum Winter. Infolgedessen gehen auch die Meinungen über das Novemberwetter auseinander. Räte müncht man sich im allgemeinen in Verbindung mit Schnee: „Kommt St. Martin mit Winterfall, ist gut, wenn bald ein Schnee drauf fällt“. Triff dagegen der Regen mit Frost zusammen, dann ist das nicht gut für die Saat: „Wenn der November regnet und kühlt, dies der Saat ihr Leben kostet“. Andere Vauerregeln lauten: „Im November viel Haß auf den Weiden viel Gras“ — „Wiel und lange Schnee, gibt viel Frucht und Alee“ — „November-schnee tut der Saat nicht weh“ — „Kriech das Gichhorn bald zu Neß, wird der Winter rauh und fest“ — „Stecht Allerheiligen (1.) in der Hündelgasse, ist dem heiligen Martin der Pelz nichts nütze“ — „St. Martin legt sich schon mit Pant an warmen Dien auf die Pant“ — „Halten die Kröhen Konzilium, dann sieh nach Feuerholz dich um“.

* **Die Dienftboten beim heiligen Amtsgericht** sind durch den Landgerichtspräsidenten in Lergau wie folgt festgelegt: von 7.30 bis 13 Uhr und von 14.30 bis 18 Uhr. Mittwoch und Sonnabend von 7.30 bis 13.30. Sprechstunden für das Publikum wie bisher täglich von 10 bis 13 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittag keine Dienftboten.

* **Rechtzeitig Wahlheine besorgen!** Wer sich am 6. November, dem Tage der Reichstagswahl, außerhalb seines Wohnortes aufhält, lasse sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde seines Wohnorts einen Wahlheine ausstellen. Auf Grund des Wahlheines kann in jedem beliebigen Stimmbezirk des Deutschen Reiches abgestimmt werden. Der Stimmheine ermöglicht auch die Stimmabgabe im Weiserverkehr.

* **Haben Sie schon Steuerquittungen beantragt?** Es tauchen dabei eine ganze Reihe von Zweifelsfragen auf. Für welche Steuern kann ich Quittungen beantragen? Was spare ich dadurch? Wie muß ich den Antrag stellen? — Es sind hierbei wichtige Fragen zu wahren! — Wie bilanzieren ich die Steuerquittungen? — Alles dieses müssen Sie wissen. Ein nicht veröffentlichter Ministerialerlaß enthält das Zurückbehaltungsrecht der Finanzämter an Quittungen bei rückständigen Steuern erheblich ein. Ueber alle diese Punkte berichtet eingehend ein ausführlicher Aufzug in den „Wirtschaftlichen Kurzeisen“. Weiter behandeln die letzten Heite wichtige Reichsgerichtsurteile zur Sicherungsübereignung, die Landwirtschaftliche Vermittlungsverordnung, das Maklerrecht, neue Entscheidungen zum außerordentlichen Kündigungrecht an Mietverträgen u. a. m. Probennummern der W stellt der Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9, bei Bezugnahme auf unsere Zeitung kostenlos zur Verfügung. Echo.

* **Das kann nicht stimmen!** An der Wegegabel vor Leipzig, wo Bitterfelder und Dübener Landstraße abzweigen, sind zwei Verkehrschilder angeklebt, die die Entfernung Leipzig-Berlin tonlos über Bitterfeld wie über Düben mit 169 Kilometern angeben. Es wäre wünschenswert, wenn die maßgebenden Stellen diese Angaben nochmals nachprüften. Denn nach der Karte ist der Weg über Düben mindestens 15 km länger, eine Gipsanalyse, die der Kraftfahrer gegen mitnimmt, zumal auch der Weg durch die Weide entschieden reizvoller ist.

Ep. 6. oder 16. November? Wann hat die Schlacht bei Lügen stattgefunden? Es sind jetzt gerade 350 Jahre her, daß der gregorianische Kalender eingeführt wurde und an die Stelle des bis dahin gültigen julianischen trat. Allerdings erfolgte die Einführung nicht in allen Ländern gleichzeitig. Vielmehr hat man im evangelischen Deutschland noch bis zum Jahre 1700 an den julianischen Kalender festgehalten, in England und Schweden sogar noch 80 Jahre länger. So erklärt es sich, daß das Datum der Schlacht bei Lügen in den verschiedenen Geschichtsbüchern nicht einheitlich angegeben wird. Die katholische Geschichtsschreibung gibt den 16. November an, die protestantische den 6. Dieser zeitliche Unterschied entspricht der Differenz

von 10 Tagen, die zwischen dem Kalender alten und neuen Stils besteht. Die Vignere Jubiläumsschrift findet, da sie naturgemäß von der evangelischen Kirche veranlaßt wird, am 6. November statt.

* **Wahlverammlung.** Morgen Donnerstag abend 8 1/2 Uhr findet im Hotel „Blauer Hahn“ eine Wählerverammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der über das Thema: „Staatsverweil oder Wahlenberechtigung“ gesprochen wird. Wir verweisen auf die Anzeige in heutiger Nummer und empfehlen den Besuch der Veranstaltung.

Wahlverfall. (Am Auge verlegt.) Der Arbeiter S. wurde im Stall von einer herabfallenden alten Sense am Auge erheblich verlegt. Das Augenglied ist jedoch nicht gefährdet, obwohl die Centenpige tief in die Augenhöhle eingedrungen war.

Stendal. Der Fleischermeister Wernicke hatte im Mat den Dachdecker Albrecht aus Lidersitz, der auf mehrere Meter mischgeschliff. Wernicke war dann weitergegangen, ohne sich um den Schieberlesten zu kümmern. Er entzündete sich vor dem Gerüst damit, daß er wegen Brunnentiefen von dem Unfall gar nichts gemerkt habe.

Stendal. Ihren lebensgefährlichen Verletzungen erliegen ist die Ehefrau des Monteurs Schmidt aus Allenbed. Die Frau hatte, wie berichtet, beim Abgehen von Gängen schwere Brandwunden erlitten und aus Verzweiflung über die großen Schmerzen an der Starkstromleitung im Lampenraum den Tod gesucht. Dabei zog sie sich aber nur weitere schwere Verwundungen zu.

Widwid durch Schrotschuß verlegt.

Lüßendorf (Kr. Querfurt). Ein Flurhüter übernahm auf dem Gelände der Grube Glück zwei Arbeiter, die einen Haken geschossen hatten. Als die beiden flüchteten, ließ der Hüter und verlegte einen Widwid durch eine Schrotladung.

Feuergefecht mit Wilderern.

Kelbra (Koschützau). Zwischen Kelbra und Steinheleben traf der Förster S. 1924 am Forsthaus Koschützau auf drei bewaffnete Männer. Auf seinen Schreie trüchten sie hinter Bäumen Deckung und schossen sofort auf den Förster, der das Feuer erwiderte. Da die Wildbilde flüchten konnten, ist nicht festgestellt, ob jemand verlegt wurde.

Durch einen Schlag auf den Kopf getötet.

Zorgau. In einem Familienreitritte, wie gemeldet, der Sohn des Fleischermeisters Witsching auf seinen Vater mit einem Stod eingeschlagen, der sofort tödlich getroffen war. Wie nun die amtliche Section der Leiche ergab, ist der Tod tatsächlich durch den Schlag auf den Kopf eingetreten.

Schulknaben bilden eine Diebesbande.

Eilenburg. Schulknaben im Alter von elf und zwölf Jahren, die eine Reihe von Diebstählen begingen, wurden von der Polizei ermittelt. So wurden u. a. Scherbenkasten heimlich, eine Pfeife ohne aufgefunden und die Antikensammlung eines Sportvereins geraubt. Außerdem wurde bei Bekannten eines Mitgliedes der Diebesbande Geld gestohlen.

Gallungen (Kr. Weihenstephan). Durch einen Schuß verlegte der Einwohnervorsteher in Gallungen seine Schützengenosse. Die Schwerverlegte wurde nach dem Krankenhaus in Erfurt übergeführt werden.

Rechenitz (Mansf. Geest.). Bei Dreifarbeiter ist die Ehefrau des Landwirts Stephan durch einen Pfeil in die Dreifarmaschine. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Einbe (Eise. Saale). Das Jahrbreitseriffen wurde von einem Kalkbrenner der Gottesgabener Fabrik. Der Fabrikmeister konnte sein Fahrzeug aber sofort parieren, so daß es nicht weit abdrücken und größeres Unheil vermeiden wurde.

1000 Mark Belohnung in der Morbische Weiner.

Bölligen (Kr. Merseburg). Jetzt wurde die Vornuntersuchung in der Morbische Weiner gegen die Geheule Geheulemann in Bölligen eröffnet. Beide Geheule sind in Untersuchungshaft. Von Seiten der Verantwortlichen des Gemeindefonds sind 1000 Mark für die Ermittlung des Täters ausgesetzt worden. Der Regierungspräsident in Merseburg hat die gleiche Belohnung ausgeschrieben, die nur für Privatpersonen für zweidienliche Mitteilungen verwendet werden sollen.

Bürgermeisterwahl beschoben.

Wittlich. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit sollten die Stadtverordneten die Wahl des Bürgermeisters vorsehen. Es kam aber keine Einigung zustande, da die Bürgerliche Fraktion den Saal verließ und so eine Weiterverhandlung unmöglich machte. Die Wahl mußte wiederum verschoben werden.

Raubüberfall auf Bankboten

Ein Foter, zwei Schwerverlegte. — Der Lohndiebstahl bereitet. — 3000 Mark Belohnung ausgesetzt!

Erfurt. Der 30jährige Bankbote Paul Arnold aus Gieselerleben und der 35jährige Bankbote Franz Hoyer aus Erfurt hatten von der Reichsbank 50 000 Mark Lohndiebstahl geholt, die sie auf einem kleinen Handwagen in einer Blechbüchse beförderten. Kurz vor der Deutschen Bank kam von einem auf der anderen Straßenseite halbkreisförmig ein gut angezogener Mann mittlerer Größe an, die beiden Bankboten zu; ihm folgte ein zweiter Mann, der einen ähnlichen dunkelblauen Anzug anhatte.

Der eine hob die Büchse, ohne ein Wort zu sagen, legte sie Arnold auf die Brust und löste sie ihm mit einem Schuß, hierauf gab er auf Hoyer drei Schüsse ab, die ihn in die linke Brust trafen. Im gleichen Augenblicke stieß der Polizeihauptwachmeister Baumgarten in, der in der Nähe als Verhörschloß stand, herbei, der den beiden Räubern nachstellte. Da sie sich flüchtend nach ihrem Wagen zurückzogen, erwiderte der Beamte das Feuer und verlegte Hoyer den einen Handarm. Als sie im Kraftwagen davonliefen, verhaftete der Beamte fünf bis sechs Schüsse auf Hinterreifen und Räder, den Wagen zum Stehen zu bringen. Hierauf löste er sich auf, der Mann des linken Vorderrades und nahm die Verfolgung des in rasendem Tempo davonfahrenden Räubers auf. Auf die Dauer konnte er aber das Tempo nicht mithalten, so daß ein Polizeiofficier die Weiterverfolgung aufnahm. In Sömmerda amsa leider die Spur verloren.

Zur Tat war ein graues Kadriolett mit dem Zeichen 55 45 002 benutzt worden, das in der Nähe des „Hotels Sismard“ mit angeblühendem Motor fabriziert stand. Durch das gefesseltgewordene Eingreifen des Polizeibeamten konnte

der Schloßraub verübt und die Blechhülle mit dem Geld in Sicherheit gebracht werden. Die Deutsche Bank & Discontogesellschaft hat für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt. Ihr Signalment sowie das des Wagens ist durch Fingerprint verzeichnet worden.

Bei der Schierei wurde auch die vorübergehende Zeitungsfrau **Berta Braun** durch einen Zeitschau verurteilt. Sie und der schwerverletzte Mann habe Spoor wurden in das katholische Krankenhaus gebracht, wo Hoyer einer Operation unterzogen werden mußte.

Zeugen werden gesucht!

Der zur Tat benutzte Kraftwagen ermittelt. Der Erwitter Raubüberfall noch nicht aufgeklärt. Erfurt. Der Raubüberfall auf zwei Bankboten ist noch nicht aufgeklärt. Obwohl zahlreiche Mitteilungen aus dem Publikum bei der Kriminalpolizei eingingen, führen die Zeugenangaben sehr weit auseinander. Es ist bisher nicht möglich gewesen, eine genaue Beschreibung der Täter zu erlangen. Jetzt sucht man noch nicht, wieviel Personen sich an dem Überfall beteiligt haben. Auch die bisher angegebene Beschreibung des Wagens und der Kennzeichen ist ungenau. Die Polizei bittet Personen, die über vorstehende Einzelheiten genaue Mitteilungen machen können, sich zu melden.

Am letzten Abend wurde von der Kriminalpolizei dazu mitgeteilt, daß die weiteren Nachforschungen zur Ermittlung des bei der Tat benutzten Kraftwagens geführt haben. Es handelt sich dabei um einen 8/38 oder 10/50 P.S. Mercedes-Benz-Kadriolett, vierstellig mit zwei Türen. Der Wagen ist beige lackiert mit hinten angebrachten Koffern. Motorbereifung führte der Wagen nicht mit. Die Verdet-Sturmflammen sind verchromt. Zur Zeit der Tat führte der Wagen das Erkennungszeichen 55 45 002 oder 45667. Der Wagen weist vermutlich Beschädigungen durch Schüsse auf. Der Wagen wurde zuletzt am 31. Oktober 1932 gegen 11.15 Uhr in der Nähe der Brückstraße in Naumburg gesehen. Es ist

kommen zwei Personen im Alter von 25 bis 30 Jahren in Frage. Sie waren gut gekleidet, trugen graue Mäntel und hellgraue Schlapphüte. Es ist zu vermuten, daß der verletzte Täter verstanden wird, sorgfältige Hilfe oder Krankenhauspflege in Anspruch zu nehmen. Für Hinweise, die zur Ermittlung der Täter führen, ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt, Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt jede Polizei- und Landjägereiidentifikationsentgen. Bearbeitende Dienststelle ist die Kriminalpolizei beim Polizeipräsidium Erfurt, Auerstr. 22/21.

Gefängnisstrafen für Wilddiebe.

Vorn (Lehlinger Heide). Wir berichteten seinerzeit, daß die Wilddieberlein in den Wäldern der Lehlinger Heide überhand nahmen. Zunehmend hatten sich vor dem Sten-dler Schützengilde eine Anzahl Sommer-Gewohner zu verantworten. Der Hauptangeklagte, Stellmacher B. u. S., wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Als man bei ihm im Sommer eine Verhaftung vornahm, hatte man Neb- und Hirschgewebe, Damwidbeden, Fanggeräte und Waffen und mehrere Kopie mit Wildschilde aufgefunden. B. u. S. war gefandig, gab aber nur fünf Abhülle zu. Drei Mitangeklagte wurden zu ein bis drei Monaten Gefängnis verurteilt, einer freigesprochen.

Anhalts politische Amnestie

Dessau. Das Staatsministerium teilt auf eine An-trage über die Auswirkung des Amnestiegesetzes mit, daß in 14 Fällen Strafverfall und 386 Einstellungen der Ver-fahren erfolgt sind. Politisch stehen 189 Personen rechts und 33 links. Von dem Begnadigungsrecht wurde in 160 Fällen Gebrauch gemacht. Auch in allen übrigen Einzelfällen wurde geprüft, ob und inwieweit wirtschaftli-che Not zu den Straftaten geführt hat. Bei der Ent-scheidung ist einer solchen Vorlage Bedingung getragen worden.

Der Ministeraufwand wird nachgeprüft

Dessau. Der vom Landtag eingesetzte Ausschuss zur Nachprüfung der Repräsentationsausgaben der früheren Minister hat die Vorprüfung abgeschlossen. Am Montag begannen die Berechnungen, zu denen der frühere Mini-sterpräsident Deiß, Dr. Weber, Staatsminister a. D. Dr. Müller und andere Zeugen geladen sind.

Die Bahnhofskasse beraubt. Hötensleben (Kr. Neuhaldensleben). Nachts drangen Einbrecher unter Zuhilfenahme von Nachschlüssel in die Diensträume des Bahnhofes Hötensleben. Der Geldschrank wurde erbrochen und das gesamte Bargeld, etwa 600 Mark, geraubt. Der Bahnhofsvorsteher, der in dem glei-chen Gebäude wohnt, hat kein Gedächtnis bemerkt, so daß man glaubt, daß es sich bei den Diebstahl um gemeinsam-mäßige Geldschrankraub handelt. Zum Glück hatte der Stationsvorsteher erst am Saec vorher eine größere Summe Bargeld abgeliefert.

„D 2012“ aufgegeben

Keine Hoffnung mehr auf die Postflieger.

Berlin, 2. November. Alle Nachforschungen nach dem Postflugzeug „D 2017“, das über dem Kanal nach seinem Start in London verunglückte, sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Die Nachrichten von einer angeblichen Rettung der Besatzung, die aus beifliegender Quelle stammen, sind offiziell demontiert worden. Damit ist auch die Hoffnung, daß die beiden Flieger Cuno und Drebes von einem Dampfer aufgenommen worden sind, junichte gemacht. Es ist also kaum noch daran zu zweifeln, daß Pilot und Funker den Tod in den Wellen fanden.

Zum ersten Male Steuererheine.

Naturgemäß beanspruchte die erste Notierung der Steuererheine das größte Interesse der Börse, die aber an ihren Aktienmärkten dadurch keine Beeinträchtigung erkennen ließ. Lediglich am Rentenmarkt zeigen Reichs-schuldbuchforderungen abermals um 3/4 Prozent an. Für die im Jahre 1934 fälligen Steuererheine lautete der Kurs 90 1/2, 1935er Scheine wurden mit 85 notiert, 1936er mit 80, 1937er mit 75 1/2, und 1938er mit 71. Der umgesetzte Wert wurde auf etwa 2 1/2 Millionen RM geschätzt.

Die Freundin von der Reine — Spieß mit 2 Sorgen — Wildes Blut — Die letzte Frau — Der Raub des Schredens und andere passende und erhellende Beobachtungen bringt die besten erschienenen Nummer 11 der bekannten Zeitschrift „Wahrheitswörter“ (Verlag Dr. E. G. G. Berlin 95 16). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pfg. überall zu haben.

Vericherung aller Schlachtvieh!
Ostrauer Schlachtvieh-Versicherung
 von G. Boerner & Uhlmann in Halle a. S.
 Gründung 1877

Die bestrenommierteste und weitverbreitete Versicherung nimmt alles Schlachtvieh bei **notzeitlichen billigen Prämienföhen** in Versicherung. Besondere Abteilung **Haus-schlachtungen**. Es kommen immer 100% zur Entschädigung. **Prämien-Regulierung** ab 1. November d. J. 50% Prämienentlastung.

Als Vertreter für Kemberg und Umgebung empfiehlt sich
Robert Jericke, Kemberg, Burgstraße 24

Bergamentpapier empfiehlt **Richard Arnold**
Blumentöpfe und **Unterfeger** empfiehlt in allen Gröhen **S. Grohms, Weinbergstraße 6**
Preuß. Klassen-Lotterie Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse hat bis zum 11. November zu erfolgen. — Lose erhältlich durch **Richard Arnold**

Einige sehr gut erhaltene **Fahrräder** für Damen und Herren stehen preiswert zum Verkauf.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt
Richard Albrecht, Wittenberger Neumarkt 27

Sammellassen empfiehlt in allen Preislagen **Richard Arnold**

Beste Schlachtgewürze
 garant. rein u. frisch gemahlen
 Pfeffer schwarz 1/2 Pf. 30 Pf.
 Pfeffer weiß 1/2 Pf. 32 Pf.
 Pfeffergrün 1/2 Pf. 29 Pf.
 Kümmel 1 Pf. 46 Pf.
 Feines Siedesalz 3 Pf. 12,50 Pf.

bei **Rudolf Hahn**

Empfehle **von morgen 5 Uhr ab** frisches **Schweinefleisch** sowie frische haus-schlachtene **Blut- u. Leberwürst**
Alfred Bachmann, Leipziger Straße 37

Rüchchenkanten empfiehlt billigt **Rich. Arnold**

Verloren wurde Dienstag früh vom Markt bis zur Leipziger Str. eine **Damen-Armbanduhre** Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle d. Stg.

Eine Wohnung zu vermieten **Schulze, Dübenerstraße 27**
 Dabei selbst **Haselnüsse**

Voranzeige!
Sport-Verein „Rot-Weiß“ Sonntag, den 6. November
Sanzkränzchen
Landwirtschaftl. Verein Kemberg und Umgegend Sonnabend, den 5. d. Mts, nachmittags 2 Uhr im Hotel Blauer Hekt
Bersammlung
 Tagesordnung:
 1. Geschäftliches,
 2. Aufnahmen,
 3. Bezug der Landwirtschaftlichen Wochenchrift,
 4. Vortrag des Herrn Winterschul-Direktors Dr. Bonnemann,
 5. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Es spricht
 am Donnerstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Blauer Hekt“ in einer öffentlichen **Wähler-Versammlung** der Deutschnationalen Volkspartei **Geschäftsführer Müller aus Merseburg** über das Thema:
Staatsautorität oder Massenherrschafft
 Alle deutschen Männer und Frauen von Kemberg und Umgegend laden wir hiermit auf das herzlichste ein
Deutschnationale Volkspartei, Kreisverein Wittenberg.

Wählt Liste 1!
 Am Freitag, den 4. Nov., 8 Uhr
 icht in öffentlicher **Wähler-Versammlung** im Hotel „Blauer Hekt“ Kemberg P.g. **Neumann-Wiesbaden** über das Thema:
Warum hat Adolf Hitler am 13. Aug. 1932 den Vizekanzlerposten nicht angenommen.
 Und:
„Die Entlarvung der Billendreher“
 Alle wahlberechtigten Volksgenossen, insbesondere die Sozialisten und Rentenempfänger sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.
NSDAP. Ortsgruppen-Leitung-Kemberg.

Wählt Liste 1!
 Die Beisetzung meines Gatten **Richard Simon** Taubstummenerlehrer i. R. aus Halle findet am Freitag, den 4. November, nachmittags 3 Uhr statt **Hermine Simon geb. Dörfel**

Eine Brücke

zum Leben der Zeit

Unsere heutige Zeit geht rasch und lebhaft durch den Tag. Abwechslung ist ein Bedürfnis des Geistes. Nach anstrengendem Tagewerk verlangt der Abend eine Entspannung, ein festliches Ausruhen. **Welhagen & Klafings Monatshefte** bilden eine ebenso geistreiche wie unterhaltsame Lektüre. Dem Leser werden die freien Stunden zu einem Vorn der Erholung und Freude! Jedes Heft ist ein Spiegel der zeitgenössischen Literatur und unserer gegenwärtigen Kultur; es unterrichtet über Bewegungen und Fortschritte der Kunst, Technik, des Theaters, Films, Sports usw. Von bleibendem künstlerischem Wert ist der farbenfreudige Bilder Schmuck, der in der ganzen Welt berühmt geworden ist.

Monatlich ein Heft für nur **Km. 2,10**
 Der Verlag von **Welhagen & Klafing**, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einlieferung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Probeheft.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Sandorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. Im Falle höherer Gewalt Beilagenlieferung Straß ohne erstlicher Anspruch auf Sicherung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf., die 30spaltige Beilagenzeile 40 Pf., Ausnahmungsgebühr 50 Pf. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, ausgleich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 130

Donnerstag, den 3. November 1932

34. Jahrg.

Der Ausschau von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinksbranntwein

ist am Samstag, dem 5. und Sonntag, dem 6. November 1932 verboten.

Kemberg, den 21. Oktober 1932.
154] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Unterstützungsempfänger, die ihre Unterstützung durch unsere Kasse erhalten können

Reichsfleischbezugschein

bei der oben genannten Kasse abholen.

Kemberg, den 1. November 1932.

Der Magistrat.

Wir wollen Arbeit schaffen!

Von Reichsarbeitsminister Schäfer.

In den Mitteilungen der Reichszentrale für Heimdienstleistungen, Reichsarbeitsminister Schäfer folgende Ausführungen:

Man schätzt, daß zurzeit etwa 25 Millionen Menschen in der Welt arbeitslos sind. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten über 11 Millionen, über 5 Millionen auf Deutschland und über 2 Millionen auf England. Gewiß hatten wir auch Arbeitslose vor dem Kriege. Aber verglichen mit den heutigen Millionenfiguren schumpfen die Arbeitslosenzahlen der Vorkriegszeit auf ein Minimum zusammen. Die Folgen dieses sind nicht schwer zu erkennen: Rückgang der Produktion, des Handels und des Einkommens.

Unsere Industrieproduktion ist im Durchschnitt auf etwa 60 v. H. des Umlanges von 1928 gesunken; wichtige Produktionszweige können ihre Kapazität noch nicht einmal zur Hälfte ausnutzen. Wirtschaftliche Verhältnisse finden wir in allen Industrieländern. So laßt eine Kriemot auf unserm Volkseben. Für Millionen von Menschen ist die Deckung der notwendigen Bedürfnisse in Frage gestellt. Die leichliche Existenz unzähliger Menschen ist bedroht. Jünger der leidenden Not aber steht noch eine größere und drückendere. Junge Menschen zu Hunderttausenden sind zur entwerdenden Arbeitslosigkeit verurteilt und leben ohne Hoffnung mehr vor sich. Unendlich viele Familienväter haben keine „Chance“ mehr.

Die Arbeitslosfrage ist die deutsche Frage der Gegenwart; um ihre Lösung muß sich die gesamte deutsche Politik der nächsten Zeit drehen. Ich weiß wohl, daß diese Frage bei uns schwerer als in jedem anderen Lande zu lösen ist. Unsere Kreditbasis ist innen- und außenpolitisch beengt. Wir können dabei nicht kreditpolitische Experimente machen wie zum Beispiel England. Denn wir haben die größte Inflation aller Zeiten hinter uns. Die Reichsregierung weiß, daß es auch nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit gibt. Es müssen aber alle Wege gegangen werden, die irgendwie dazu dienen können, um die drückende Not der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Ein Weg zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit liegt in der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Als das letzte Kabinett die Regierung übernahm, hat es sofort ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 135 Millionen RM für landliche Seidung und verfallende Kleinbildung, Wasserbauten, Straßenbauten, Reparaturen, Teilung und Reparaturen von Wohnungen usw. aufgestellt. Dadurch fanden etwa 65 000 Arbeiter wieder Arbeit und Brot. Dabei ist die Regierung nicht fehselig geblieben. Sie hat ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm bald danach um mehr als 200 Millionen RM erweitert. In das neue Programm wurden auch Arbeiten einbezogen, die der schwer demierleidenden deutschen Wirtschaft wieder Beschäftigung bringen sollten. Auch wurde ein neuer Betrag wieder eingeleitet, um den Baumarkt zu beleben. Angeht die Bedeutung der Baumwirtschaft für die gesamte Wirtschaft ist gerade diese Zurverfügungstellung von größeren Mitteln wichtig. Nach Schätzung namhafter Nationalökonomien lebt in Zeiten normaler Baukonjunktur in Deutschland etwa ein Siebentel bis ein Achtel der gesamten Bevölkerung mittelbar und unmittelbar von der Bauwirtschaft.

Wichtiger ist die Frage, wie die Wirtschaft natürlich belebt werden kann. Die Reichsregierung steht an dem Standpunkt, daß die Zeit des Schöpfens in das Unvermeidliche vor sich sei, daß sie von der Verteidigung gegen die Wirtschaftskrise nunmehr zum Angriff übergehen muß. Andernfalls war zu befürchten, daß das deutsche Volk nicht mehr in der Lage sei, den bevorstehenden schweren Winter zu überleben. Bei Betrachtung der Weltwirtschaftslage darf man auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für solche Maßnahmen für richtig halten, weil doch Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Weltwirtschaftskrise tatsächlich den Tiefpunkt überwunden hat. Die Überwindung der Krise verlangt rasches und schnelles Handeln. Deshalb hielt es die Regierung für notwendig, geeignete Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in die Wege zu leiten. Sie tat dies durch die Verordnung zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932. Die Wirtschaft und das Unternehmertum haben die Vorteile im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

freudig aufgenommen und zum Ausdruck gebracht, daß sie ihrerseits alles tun wollen, um das Gelingen zu sichern. Auch im Gewerkschaftslager hat man sich bereit erklärt, „dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen“.

Der objektive Beobachter unserer Verhältnisse wird zunächst feststellen müssen, daß die Krisenpsychologie erkennbar abgeklaut ist. Gerade diese drohte, je länger je mehr, zu einer unheilvollen Gefahr für die gesamte Wirtschaft zu werden. Sie war auch eine der Hauptursachen für die große Hoffnungslosigkeit, der sich so viele Arbeitslose hingaben. Die Betonung der privatwirtschaftlichen Initiative hat in den Wirtschaftskreisen zweifellos starke psychologische Wirkungen erzielt. Sehr deutlich beweisen dies die Berichte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Diese sind der Öffentlichkeit bekannt. Ich will deshalb nur nochmals feststellen, daß im August und September d. J. die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen um 800 000 zurückgegangen ist, in der zweiten Hälfte des Monats September allein um 163 000. Demgegenüber braucht die letzte Meldung über die Arbeitsmarktlage im Reich für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1932 nicht zu beunruhigen. Wenn auch hier eine Zunahme um 48 000 Arbeitslose festzustellen ist, so bedeutet dies nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich im gleichen Umfang vermindert hat. Auch die Reichsarbeit stellt aus den Berichten der Arbeitsämter, daß eine ruhigere und verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre festzustellen ist.

Zur Überwindung der Not genügt es nicht, die private Initiative der Unternehmer anzuregen, sondern es muß auch gelingen, die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft zur Mitarbeit an diesem Programm zu gewinnen. Widerstände gegen das Programm können hauptsächlich dabei, daß die deutsche Arbeiterschaft des Glaubens ist, daß die gegenwärtige Regierung soziale Rechte nehmen wolle. Eine solche Ansicht ist ebenso falsch wie die andere Ansicht, daß in Notzeiten der deutschen Wirtschaft auf Sozialpolitik überhaupt keine Rücksicht genommen werden darf. Die Reichsregierung hat sozialpolitisch nichts verschlafen. Geblieben ist die Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie im Artikel 165 der Reichsverfassung ausgesprochen ist, und damit die Grundlage des Arbeitsrechts. Geblieben ist auch der Tarifvertrag. Die Höhe der Löhne ist abhängig von dem Schicksal der gesamten Wirtschaft. Geht es dieser schlecht, dann müssen sich die Löhne früher oder später einmal diesen Verhältnissen anpassen. Eine Anpassung des Tarifvertrags an die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bedeutet, das ist noch einmal betont, keineswegs eine Ausbühung und Gefährdung des Tarifrechts durch die Einschaltung des Schlichters ist nach Möglichkeit eine mißbräuchliche Ausnutzung der Verordnung unterbunden worden.

Von den sozialen Erwerbsgruppen ist weiter geblieben die allgemeine Arbeitnehmerschaft, der Frauen, Mutter- und Kinderlohn und all die sonstigen Bestimmungen des Arbeitsrechtes. Auch von den Einrichtungen in der Sozialversicherung ist nichts abgebaut worden. Jedermann weiß, daß in der Unzulänglich und Unfallversicherung die seitigeren Entlastungsmaßnahmen nicht ausreichen, um die Versicherungsbranche gesund zu machen. Deshalb hat es auch bekanntlich die Vorgängerin der jetzigen Reichsregierung bereits ähnliche Sanierungsmaßnahmen erzwungen, wie sie dann durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 in Kraft traten.

schaffen wird. Umverteilungsdirektor Dr. Bredt (s. u.). Die Staatsminister werden sich bemühen, an den Reichsratsauswahlsverhandlungen nicht teilnehmen.

Keine Stuttgarter Konferenz

In der Presse ist verschiedentlich von einer Stuttgarter Konferenz zwischen dem Reichsministerpräsidenten der Reichsregierung, Reichrath von Kaasner, und den Ministerpräsidenten von Bayern und Württemberg die Rede, die dadurch nicht zustande gekommen sein soll, daß Reichrath von Kaasner Stuttgart vor der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held verlassen habe.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß eine derartige Konferenz überhaupt nicht geplant gewesen sei. Reichrath von Kaasner steht seinem Auftrag gemäß in höchster Fühlung mit den süddeutschen Ministerpräsidenten und befindet sich ausschließlich auf einer Reise nach Dresden und den süddeutschen Hauptstädten München, Stuttgart und Karlsruhe.

Es ist richtig, daß Reichrath von Kaasner in Stuttgart mit dem Staatspräsidenten Dr. Pöhl verhandelt hat. Eine Zusammenkunft mit dem dann in Stuttgart eingetroffenen Ministerpräsidenten Dr. Held war aber nicht vorgesehen. Es ist deshalb auch falsch, wenn in der Presse davon die Rede ist, der bayerische Ministerpräsident habe erklärt, er sei für Freiherrn von Kaasner nicht zu sprechen.

Amisübernahme durch Pöhl

Reichsminister Prof. Dr. Pöhl hat in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Reichskommissars für das Land Preußen im Geschäftsbereich des preussischen Finanzministeriums seine Amisübernahme übernommen.

In seiner Einführungsrede vor den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Finanzministeriums hob Reichsminister Dr. Pöhl hervor, daß er nicht als Fremder in das preussische Finanzministerium komme, mit dem er durch langjährige Zusammenarbeit in der preussischen und in der Reichsverwaltung verbunden sei. Er vermisse auf die großen Aufgaben der Gegenwart, die darin gipfeln, den Finanzen des Landes Preußen und der von ihm umschlossenen Gemeinden und Gemeindefreien wieder eine feste Grundlage zu geben, so daß sie — nach einem Worte Marc Aurels — nicht aufrecht erhalten werden, sondern aufrecht stehen.

Staatssekretär Schleutener brachte den Dank für die Begrüßungsworte zum Ausdruck und versicherte, daß die Beamten des Finanzministeriums wie bisher unter Einhalt der besten Kräfte an den großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, mitarbeiten werde.

Am Freitag Oberpräsidentenkonferenz

Reichskommissar Dr. Bracht hat die preussischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten für Freitag, den 4. November, zu einer Sitzung im preussischen Innenministerium eingeladen.

Die Tagesordnung soll erst zu Beginn der Besprechung bekanntgegeben werden. Derartige Besprechungen haben auch bisher schon wiederholt stattgefunden. Neben einer Ausdrucksprache über die politische Lage dürfte der Zweck der Zusammenkunft vor allem auch in einer Erörterung der sich aus der Neuregelung der politischen Verhältnisse in Preußen und der Verwaltungsreform ergebenden Fragen bestehen.

Reform der Zentralinstanz

Die Verordnung des Reichskommissars für Preußen.

— Berlin, 31. Oktober.

Die Reform der preussischen Zentralbehörden ist durch eine „2. Verordnung zur Vereinfachung und Berichtigung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932“ in die Wege geleitet worden. Die Verordnung der kommissarischen Regierung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Damit sind die von der kommissarischen Staatsregierung eingeleiteten Arbeiten zur Verwaltungsreform in Preußen einen wichtigen Schritt weiter geführt worden. Die kommissarische Regierung ist damit die Zufuhr ein, die bei Herausgabe der Verordnung über die Zusammenlegung der Kreise und Amtsgerichte und der Verordnung zur Vereinfachung und Berichtigung der Verwaltung in der Zentralinstanz gegeben worden. Die Verordnung stellt drei Ziele:

1. Die Vereinigung der Zuständigkeiten innerhalb der Ministerialinstanz durch Zusammenfassung zusammengehöriger Dinge in einem Refort
 2. Die Vereinfachung des Gehaltsanges durch Befestigung einheitlicher Korrekturen zwischen verschiedenen Ministerien und durch Abgabe von Zuständigkeiten an nachgeordnete Behörden.
 3. Den Abbau der jetzt noch vielfach in Preußen und dem Reich gleichzeitig geteilten Doppelarbeit.
- Die wichtigsten Maßnahmen sind folgende:

Vereinheitlichung des Schulwesens

In der Schulverwaltung hat in der Vergangenheit Zersplitterung bestanden, die einer gleichmäßigen und systematischen Fortentwicklung der einzelnen Schulzweige abträglich war und vielfach zu einem Nebeneinander- bzw. auch Gegenüberarbeiten der verschiedenen beteiligten Reforts geführt hat. Zur Beseitigung dieser Unzulänglichkeiten ist

